

Geschäftsübersicht 1. Juli 2011 - 30. Juni 2013

Liestal, 09. August 2013

Geschäft	Status	
Die Vernehmlassungsvorlage zur Revision des Polizeigesetzes und der Neuordnung der Aufgaben zwischen dem Kanton und den Gemeinden konnte verabschiedet werden. In der Vernehmlassung ist der Gesetzesentwurf mehrheitlich gut aufgenommen worden. Schwerpunkt der Vorlage bildet die Aufgabenverteilung zwischen dem Kanton und den Gemeinden im Polizeibereich. Die Justiz- und Sicherheitskommission hat die Gesetzesvorlage ohne Gegenstimme dem Landrat überwiesen . Abschluss des Projekts Optimierung Hauptabteilung Sicherheit und Ordnung": Regierungsrat und Landrat stimmten der Aufstockung um netto 10 Stellen innerhalb von fünf Jahren (2012-2016) bei der Hauptabteilung Sicherheit und Ordnung zu.	Im LR nach der Sommerpause wird laufend umgesetzt	
Der Landrat hat die kantonalen gesetzlichen Bestimmungen zur Einführung des Erwachsenenschutzrechts einstimmig verabschiedet, so dass diese per 1. Januar 2013 in Kraft gesetzt werden konnten. Seither sind die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörden (KESB) als professionelle Behörden für die Belange des Erwachsenen- und Kinderschutzrechts zuständig. Trägerinnen der KESB's sind neu die Gemeinden. Der Kanton hat ihnen diese Aufgabe mitsamt den bisher aufgewendeten Mitteln übertragen.	In Kraft seit 1. Januar 2013	

Weitere Mitteilungen der Sicherheitsdirektion unter www.bl.ch/sid

Geschäft	Status	
Die Vorlage der SID im Rahmen des Entlastungspakets 12/15 - Projekt Focus mit dem Verzicht auf das Amtsnotariat und mit der Vereinheitlichung der zivilrechtlichen Dienstleistungen - hat im Landrat eine gute Aufnahme gefunden. In der Volksabstimmung vom Juni 2012 wurde FOCUS mit klarem Mehr gutgeheissen. FOCUS ist nicht nur ein Spar-, sondern primär ein Reformprojekt und wird etappenweise umgesetzt: Zulassung des privaten Grundbuchnotariats ab 1. November 2012; Einführung der neuen Dienststelle "Zivilrechtsverwaltung" mit den beiden Standorten in Arlesheim und Liestal ab 1. Januar 2014. Auf diesen Zeitpunkt wird das Amtsnotariat vollständig aufgehoben. Mit dieser Reform wird die Anzahl der Dienststellen bei der Sicherheitsdirektion von heute 15 auf 10 reduziert.	Umsetzung planmässig	
Projekt " Staatsanwaltschaft 2014 ": Bezug des Strafjustizzentrums Muttenz per 1. Juli 2014; Konzentration der heutigen 14 Standorte der Staatsanwaltschaft auf 4 Standorte in Muttenz und Liestal (mit 2 hauptsächlichen Domizilen, nämlich SJZ Muttenz und Gutsmatte Liestal); Schaffung eines einzigen Strafbefehlbüros und Konzentration des Rechnungswesens an einem einzigen Ort. Gemeinsamer Standort im Strafjustizzentrum Muttenz für die Strafgerichte, die Staatsanwaltschaft und das Bezirksgefängnis mit der Wirkung der kurzen Wege für die Beteiligten.	Umsetzung planmässig	
Zusammenarbeit und Aufklärung plus: Die Aufklärungsquoten bei den kriminalpolitisch wichtigsten Deliktskategorien müssen in den nächsten 1 - 3 Jahren gesteigert werden, damit sie besser als der gesamtschweizerische Durchschnitt werden. Die Wirkung der Zusammenarbeit zwischen den Strafverfolgungsorganen (Staatsanwaltschaft, Polizei Basel-Landschaft) muss gesteigert werden durch Massnahmen wie flächendeckende Verfahrensplanungen, gemeinsame Aus- und Weiterbildung, gegenseitige Stages.	Umsetzung planmässig	
Befristete Wiedereröffnung des Bezirksgefängnisses Laufen: Per 5. Juli 2013 wurde das Bezirksgefängnis Laufen wieder in Betrieb genommen: Sicher bis zur Eröffnung des Strafjustizzentrums in Muttenz können die 11 Haftplätze primär für den Vollzug der Untersuchungshaft verwendet werden. Kostenpunkt für ein Jahr rund 880 000 Franken.	In Betrieb seit 5. Juli 2013	

Weitere Mitteilungen der Sicherheitsdirektion unter www.bl.ch/sid

Geschäft	Status	
Blaulichtorganisationen unter einheitlicher Führung : Die Mitberichtsvorlage für den Projektauftrag samt Projektorganisation wurde unter der Federführung der SID erstellt. Bei den "Blaulichtorganisationen" handelt es sich um die Polizei Basel-Landschaft (SID), um den Zivilschutz (Gemeinden/SID), um die Feuerwehr (Gemeinden / Feuerwehrinspektorat bei der Basellandschaftlichen Gebäudeversicherung, FKD, Rettungssanität, VGD).	Beschluss der Regierungsrates für Projektauftrag und -organisation bis Herbstferien 2013	
Die Revision des Bürgerrechtsgesetzes (teilweise Neufassung der Einbürgerungskriterien) wurde in der Justiz- und Sicherheitskommission trotz sehr kontroverser Vernehmlassung klar gutgeheissen.	Im LR voraussichtlich nach der Sommerpause	
Filiale der Motorfahrzeugkontrolle (MFK) bei der Motorfahrzeugprüfstation bei der Basel (MFP) in Münchenstein : Die MFK BL bietet ihre Dienstleistungen neu für das Autogewerbe "unter einem Dach" bei der MFP in Münchenstein an. Damit fällt der zeitaufwändige Weg für das Autogewerbe nach Füllinsdorf weg.	In Betrieb seit 1. Juli 2013	
Im Rahmen eines partnerschaftlichen Projekts und eines Staatsvertrages mit Basel-Stadt wurden die berufliche Vorsorge und die Stiftungsaufsicht an die "Aufsichtsbehörde beider Basel" (BSABB = BVG- und Stiftungsaufsicht beider Basel) übertragen und aus der kantonalen Verwaltung ausgegliedert. Die BSABB ist neu als selbständige öffentlichrechtliche Unternehmung tätig.	In Betrieb seit 1. Januar 2012	
Kantonales Integrationsprogramm Basel-Landschaft 2014 - 2017 : Das Integrationsprogramm nimmt die Rollenaufteilung auf die drei staatlichen Ebenen vor (Bund, Kanton, Gemeinden) und definiert die Massnahmen der Integrationsförderung. Der Regierungsrat hat das Integrationsprogramm genehmigt. Es bedarf noch der Zustimmung durch das EJPD (muss bis September 2013 vorliegen). Zudem führt das Amt für Migration erfolgreich Erstinformationsgespräche mit neuzuziehenden Personen aus dem Ausland zwecks besserer Integration und Aufklärung über Rechte und Pflichten.	Vom RR vor der Sommerpause 2013 genehmigt Umsetzung seit 2011	

Weitere Mitteilungen der Sicherheitsdirektion unter www.bl.ch/sid

Geschäft	Status	
Im Januar 2012 wurde die Gesetzesvorlage zur Revision des Gerichtsorganisationsgesetzes (Schwerpunkt: Neuregelung der Leitungsstrukturen) dem Landrat überwiesen. Der Landrat hat den gesetzlichen Anpassungen zugestimmt.	In Kraft seit 1. Januar 2013	
Gesetzesvorlage zur Familienergänzenden Kinderbetreuung (FEB): Ablehnung in der Volksabstimmung vom Februar 2012. Im Zusammenhang mit 2 zwischenzeitlich eingereichten Volksinitiativen wird zurzeit ein neues, "entschlacktes" und auf das Wesentliche beschränktes FEB - Gesetz erarbeitet. Die Vorlage wird bis Ende 2013 dem Regierungsrat zur Beschlussfassung an den Landrat unterbreitet.	Vorlage voraussichtlich bis Ende 2013 im Regierungsrat	
"Transparenzinitiative" zur Offenlegung von Wahl- und Abstimmungskomitee-Finanzierung: In der Volksabstimmung vom Juni 2013 abgelehnt ohne Gegenvorschlag gemäss den übereinstimmenden Anträgen von Regierungsrat und Landrat.		
Einführung des Öffentlichkeitsprinzips im Kanton und in den Gemeinden (Anpassungen der Kantonsverfassung und des Informations- und Datenschutzgesetzes).	In Kraft seit 1. Januar 2013	
Teilrevision des Landratsgesetzes (Formelle Anpassungen infolge parlamentarischer Aufträge, Rechtsgrundlage für die Einführung des Beteiligungscontrollings) .	Von FIKOM behandelt, jetzt in JUSIKO	
Das Kantonale Strassenverkehrsgesetz legt die Zuständigkeiten zum Vollzug des Strassenverkehrsrechts vom Bund und den Kantonen fest und enthält weitere kantonale Strassenverkehrsvorschriften. Das Gesetz umfasst auch die Rechtsgrundlage für den "Online-Zugriff" auf Daten der Fahrzeugzulassung.	In Kraft seit 1. September 2012	
Vernehmlassungsvorlage zur Teilrevision des Informations- und Datenschutzgesetzes: Infolge ihrer unabhängigen Stellung soll die Aufsichtsstelle Datenschutz neu der Landeskanzlei zugeordnet werden (bisher: Sicherheitsdirektion).	Inkraftsetzung voraussichtlich per 1. Januar 2015	

Weitere Mitteilungen der Sicherheitsdirektion unter www.bl.ch/sid

Geschäft	Status	
Revision des Raumplanungs- und Baugesetzes: Befristung der Aushangdauer von Wahl- und Abstimmungsplakaten: Bei kantonalen und eidgenössischen Wahlen und Abstimmungen dürfen Wahl- und Abstimmungsplakate frühestens 6 Wochen vor den Wahlen oder vor der Abstimmung ausgehängt werden. Spätestens 10 Tage nach den Wahlen oder nach der Abstimmung sind sie wieder zu entfernen.	Inkraftsetzung vorausichtlich bis 3. Quartal 2014.	
Landratsvorlage Weiterführung Take off 2014-2017: Take off ist ein Präventionsprogramm für gefährdete Jugendliche, denen es in Krisensituationen Unterstützung in Schule, beruflicher Entwicklung und Freizeit anbietet.	Im Juli 2013 vom Regierungsrat zuhänden LR überwiesen	
Familienfreundliche KMU im Baselbiet: Die KMU's werden motiviert, Massnahmen zur Verbesserung der Familienfreundlichkeit einzuleiten. Um hierzu praxisnahe Erfahrungen zu sammeln, wurde in Zusammenarbeit mit der Wirtschaftskammer BL und 12 KMU ein Pilotprojekt gestartet.	laufende Umsetzung u.a. im Rahmen der Wirtschaftsoffensive	
Preis für Freiwilligenarbeit: Der Preis wurde vor wenigen Wochen erstmals ausgeschrieben mit Anmeldeschluss 31. August 2013.	Preisübergabe am 05.12. 2013, am Tag der Freiwilligenarbeit	
Beitritt zum Konkordat über Sicherheitsunternehmungen: Das Konkordat vereinheitlicht die Zulassungserfordernisse (u .a. Leumund, erforderliche Ausbildung) für die privaten Sicherheitsunternehmungen in der Deutschschweiz.	im Landrat nach der Sommerpause	
Beitritt zum verschärften "Hooligankonkordat": Einführung der Bewilligungspflicht für Spiele der höchsten Spielklassen im Fussball und im Eishockey, zeitliche Ausdehnung des Rayonverbots u.a.	wird nach der Sommerpause von der Justiz- und Sicherheitskommission des Landrats behandelt	

Weitere Mitteilungen der Sicherheitsdirektion unter www.bl.ch/sid

Direktionsübergreifende Projekte

Geschäft	Status	
Erarbeitung der Landratsvorlage zur Fusionsinitiative mit Gegenvorschlag. Bis Ende 2013: Überweisung an den Landrat. Im Kontext mit der Fusionsinitiative werden voraussichtlich auch die Vorlagen zu den noch nicht eingereichten " Partnerschaftsinitiative ", " Regio - Stärkungsinitiative " und " Regio-Partnerschaftsinitiative " zu erstellen sein.	Voraussichtlich bis Ende 2013 an LR überwiesen	
Wirtschaftsoffensive: Der Kanton Basel-Landschaft will seine Standortqualitäten künftig besser verkaufen, vorhandene Potentiale fokussiert entwickeln und sein Selbstverständnis als Teil des zweitgrössten Wirtschaftsraums der Schweiz stärken. Der Fokus ist - wie im Richtplan vorgesehen - auf bereits gut erschlossene Gebiete gerichtet.	Investorenanlass im Herbst 2013, Umsetzung laufend, Projekt bis 2017	

Weitere Mitteilungen der Sicherheitsdirektion unter www.bl.ch/sid